

Bundesparteitag Geiselwind: Leitantrag des Bundesvorstandes

Verantwortung für Deutschland: Schwerpunktthemen für die anstehenden Bundestagswahlen

Deutschland ist ein großartiges Land mit fleißigen Menschen und einer bisher erfolgreichen Wirtschaft. Eine schlechte Bundespolitik hat dieses Land jedoch in den letzten rund 10 Jahren in große Schwierigkeiten gebracht. Weichen wurden falsch gestellt, Bewährtes untergraben, die Gesellschaft gespalten. Wohlstand, Stabilität und Zukunftsfähigkeit werden verspielt, wenn nicht zeitnah massiv umgesteuert wird. Die FREIEN WÄHLER als bürgernahe Kraft mit starken Wurzeln in den Gemeinden und bei den Menschen vor Ort wollen in Berlin Verantwortung für Deutschland übernehmen, um die Bundespolitik wieder zu erden und das Land und die Gesellschaft vom Kopf auf die Füße zu stellen. Gesunder Menschenverstand und Pragmatismus statt Parteiideologie und weltfremder Entscheidungen sind gefragt.

Die FREIEN WÄHLER treten zur Bundestagswahl 2025 an, um in einer bürgerlichen Koalition folgende Themen umzusetzen:

**-Wiederherstellung einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft und Sicherung der heimischen Arbeitsplätze** von Industrie, Mittelstand und Handwerk. Steuern, Kosten und Vorschriften reduzieren. 25 % Unternehmenssteuern, 7% Gastroststeuer, niedrigere Energiepreise, Erneuerbare Energien müssen mit ausreichend grundlastfähigen Kraftwerken hinterlegt sein. Stopp des Verbrenner-Aus 2035, keine Strafzahlungen für die deutsche Autoindustrie bei Nichterfüllung der EU-CO2-Vorgaben. Förderung der Digitalisierung. Flexibilisierung der Arbeitszeit nach EU-Arbeitszeitrichtlinie mit wöchentlicher statt täglicher Höchstarbeitszeit.

**-Herstellung der finanziellen Solidität des Staates.** Senkung von zu teuren Standards und kritische Überprüfung von Staatsausgaben, auch im internationalen Bereich. Wir können nicht dauerhaft mehr Geld ausgeben als wir einnehmen.

**-Stopp der illegalen Zuwanderung**, unter anderem durch Zurückweisungen an der Grenze. Abschiebung von Straftätern ohne deutschen Pass, keine Einbürgerung ohne Integration.

**-Verbesserung der Inneren Sicherheit** durch konsequentes Vorgehen unter anderem bei Gewalt- und Sexualdelikten mit Haftstrafen. Stopp der überzogenen Waffenrechtsverschärfung für legale Waffenbesitzer.

**-Reform des Bürgergeldes** mit deutlichen Einsparungen. Kein Bürgergeld für Arbeitsfähige, die zumutbare Arbeit ablehnen.

**-Entlastung der Leistungsträger.** 2000 Euro/Monat Einkommen steuerfrei, auch als Hinzuverdienst für Rentner/Pensionäre.

**-Stärkung der Kommunen**, keine weiteren Belastungen durch Bundesgesetze, Konnexität auf Bundesebene. Ganztagsanspruch ab 2026 aufgrund der dramatischen Haushaltslage auf den Prüfstand stellen.

**-Unterstützung von internationalen Friedensbemühungen** für einen fairen Frieden in der Ukraine. Bis dahin muss die Ukraine in ihrer Verteidigung gegen den Aggressor Russland die volle Unterstützung Deutschlands erhalten.

**-Sicherung der heimischen Lebensmittelversorgung** durch Erhalt unserer Bauernhöfe und der Ernährungswirtschaft. Keine überzogenen Vorschriften für die heimische Produktion, keine weiteren Einschränkungen bei der Waldbewirtschaftung, Feststellung des günstigen Erhaltungszustands und Bestandsmanagement beim Wolf.

**-Erhalt und Stärkung der flächendeckenden Gesundheits- und Pflegeversorgung** mit stabilen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, ambulanter Versorgung vor Ort, sowie Unterstützung der Pflegenden Angehörigen, Erhalt der freiberuflichen Apotheken, Sicherstellung der Haus- und Facharztversorgung.

**-Auskömmliche Renten.** Stopp der Doppelverbeitragung, Erleichterung von Hinzuverdienstmöglichkeiten statt immer höherer Renteneintrittsalter.

**-Steuerliche Förderung von Wohnraum,** keine überzogenen Standards (Bau, Heizungsgesetz), Schutz des Eigentums, Abschaffung der Erbschaftsteuer

**-Einführung eines attraktiven Gesellschaftsjahres für alle,** welches wahlweise bei der Bundeswehr, im Zivil- und Katastrophenschutz, bei sozialen Einrichtungen etc. auch abschnittsweise geleistet werden kann.

**-Reform des Ampel-Selbstbestimmungsgesetzes** hin zu einer sachlich fundierten Regelung mit Beratung.

**-Erhalt der Infrastruktur** mit schnelleren Verfahren und mehr Kostenbewusstsein.